



## **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**

### **18. Sitzung (öffentlich)**

23. August 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:50 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokollerstellung: Simona Roeßgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

#### **1 Gesetzliche Mindestlöhne: Nordrhein-Westfalen unterstützt nationale Regelung**

1

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/1563

Entschließungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/2129

- abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/1563 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen ab.

Der Ausschuss nimmt den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/2129 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen an.

**2 Gesetz zur Aufhebung des Tariftreuegesetzes Nordrhein-Westfalen 5**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/1859

- abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1859 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen an. Dem federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie wird somit die Annahme des Gesetzentwurfs empfohlen.

**3 Mehr Zuwendung für pflegebedürftige Menschen durch Entbürokratisierung 6**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/1984

Vorlage 14/497

Der Ausschuss plant hierzu eine Anhörung.

**4 Ehrenamtliches Engagement in Wohlfahrtspflege, Sport und Kultur, Umwelt und Naturschutz durch Zweckerträge aus dem „Spiel 77“ wie bisher unmittelbar unterstützen! 7**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/1988

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der Grünen Drucksache 14/1988 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen ab.

- 5 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung der Zuständigkeiten nach Rechtsvorschriften für Ärzte, Zahnärzte, Psychologische Psychotherapeuten, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten sowie für Apotheker** 8
- Vorlage 14/560
- Anhörung des Ausschusses
- Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales nimmt die Vorlage 14/560 zur Kenntnis. Die erforderliche Anhörung dieses Ausschusses wurde somit durchgeführt.
- 6 Entwurf einer Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) und die Angelegenheiten der Berufsbildung im Rahmen der Handwerksordnung (HwO) (BBiGZustVO)** 8
- Vorlage 14/566
- Anhörung des Ausschusses
- Der Ausschuss nimmt die Vorlage 14/566 zur Kenntnis. Die erforderliche Anhörung des Ausschusses wurde somit durchgeführt.
- 7 Verwaltungsstrukturreform: Arbeitsschutz- und Versorgungsverwaltung** 9
- Bericht des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales
- Der Bericht von StS Prof. Dr. Stefan Winter (MAGS) ist der Anlage zu diesem Protokoll zu entnehmen.
- Die Diskussion im Ausschuss soll am 20. September 2006 fortgeführt werden.
- 8 Situation des Lehrstellenmarktes in NRW - Ergebnisse der Ausbildungstour 2006** 14
- Vorlage 14/584
- Bericht des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales
- Dem Bericht von Minister Karl-Josef Laumann (MAGS) schließt sich eine Diskussion im Ausschuss an.

Seite

- 9 Maßnahmen der Landesregierung zur Pandemie-Vorbeugung** 25  
 - Bericht des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
 StS Prof. Dr. Stefan Winter (MAGS) berichtet.
- 10 Koordinierungsstelle Frauen und Gesundheit NRW** 28  
 - Bericht des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
 LMR Dr. Julius Siebertz (MAGS) erstattet Bericht und beantwortet Fragen aus dem Ausschuss.
- 11 Umfassende Luftreinhaltung NRW - die Landesregierung muss sich dieser Herausforderung für Umwelt und Gesundheit stellen** 31  
 Antrag  
 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 Drucksache 14/1992  
 Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der Grünen Drucksache 14/1992 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme der Fraktion der Grünen ab.
- 12 Lärmschutz als Gesundheitsvorsorge** 32  
 Antrag  
 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 Drucksache 14/1991  
 Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der Grünen Drucksache 14/1991 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme der Fraktion der Grünen ab.
- 13 Verschiedenes** 33

\*\*\*\*\*

## 2 Gesetz zur Aufhebung des Tariftreuegesetzes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/1859

- abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

**Vorsitzender Günter Garbrecht** erklärt, mit dem vorliegenden Gesetzentwurf solle das Gesetz zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen im Land Nordrhein-Westfalen - kurz: Tariftreuegesetz Nordrhein-Westfalen - vor Ablauf der Frist - 29. Februar 2008 - ersatzlos aufgehoben werden. Die Federführung liege beim Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie. Zur Mitberatung aufgerufen sei neben zwei weiteren Fachausschüssen auch der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Nunmehr stehe die abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum an den federführenden Ausschuss an.

**Rainer Schmeltzer (SPD)** ist gegen die von der Landesregierung beantragte vorzeitige Aufhebung des Tariftreuegesetzes, mit dem Hunderttausende von Arbeitsplätzen vor allem in der Bauwirtschaft und im öffentlichen Personennahverkehr, die von Aufträgen der öffentlichen Hand lebten, geschützt würden. Die Aufhebung wäre aber nicht nur ein arbeitsmarktpolitischer, sondern auch ein wirtschaftspolitischer Fehler. Im seinerzeitigen Gesetzgebungsverfahren habe die damalige Opposition das Tariftreuegesetz als Teufelswerk abgetan und ihn, so der Abgeordnete, als Gewerkschaftslobbyisten bezeichnet, was er jedoch weniger als Beleidigung und mehr als Lob aufgefasst habe. Nun beiße man sich an diesen früheren Aussagen fest, betreibe Symbolpolitik für die FDP und lasse den Schutz der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der betroffenen Unternehmen außer Acht.

Unstrittig sei allerdings, dass man aus Fehlern lernen und einige Punkte des Tariftreuegesetzes weiterentwickeln müsse. In Rede stünden mangelnde Kontrollfunktion, zu viel Bürokratie und zu kurz greifende Sanktionen.

Auch **Barbara Steffens (GRÜNE)** sieht Defizite im Tariftreuegesetz. Dazu gehörten die Bagatellgrenze, die Kontrollverpflichtung bezüglich Nachunternehmern und die Sanktionszuständigkeit bei kommunalen Auftraggebern. Man dürfe jedoch nicht wie die FDP aus ideologischen Gründen das Kind mit dem Bade ausschütten und das Tariftreuegesetz ganz aufheben, da dies einem massiven Einschnitt in den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gleichkäme. Stattdessen sollte man gemeinsam mit den Betroffenen versuchen, einen Weg zur Optimierung des Tariftreuegesetzes zu finden. Die Bereitschaft dazu sei jedoch bedauerlicherweise nicht vorhanden.

**Dr. Stefan Romberg (FDP)** stellt fest, SPD und Grüne selbst hielten das Tariftreuegesetz für unwirksam, unpraktikabel und bürokratielastig. Leider habe der Gesetzgeber diese bereits vor der Verabschiedung des Gesetzes geäußerten Bedenken nicht berücksichtigt. Auch die später von der alten Landesregierung in Auftrag gegebene Be-

gutachtung des Gesetzes zeige die Nachteile auf. Schlechte Gesetze gehörten auf den Scheiterhaufen.

Der **Ausschuss** nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1859 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen an. Dem federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie wird somit die Annahme des Gesetzentwurfs empfohlen.

### **3 Mehr Zuwendung für pflegebedürftige Menschen durch Entbürokratisierung**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/1984

Vorlage 14/497

**Vorsitzender Günter Garbrecht** teilt mit, dieser Antrag sei am 1. Juni 2006 zur alleinigen Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen worden. Vorlage 14/497 enthalte den Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Entbürokratisierung in der Pflege in NRW“ des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, in dem zahlreiche Vorschläge gemacht würden. Zunächst sollte sich der AGS-Ausschuss über das weitere Beratungsverfahren verständigen. Darüber hinaus bedürfe es einer Verständigung des Ausschusses beziehungsweise der Obleute über den Umgang mit den beiden anderen zu diesem Themenkreis für das Plenum eingereichten Anträgen.

**Rainer Bischoff (SPD)** merkt an, wie sich in der Plenardebatte herausgestellt habe und im Plenarprotokoll nachzulesen sei, hätten die Abgeordneten, die den Antrag unterschrieben hätten, bei Leistung der Unterschrift das dem Antrag zugrunde liegende Papier noch nicht gekannt.

Der Antrag enthalte sehr viele allgemeine Phrasen wie die „Abschaffung überflüssiger Gesetze“. Dennoch sollte sich der AGS-Ausschuss mit diesem nicht uninteressanten Thema im Rahmen einer Anhörung beschäftigen, um festzustellen, wer welche Gesetze als überflüssig und wer welche als notwendig betrachte.

**Oskar Burkert (CDU)** bedauert, dass überall vorhandene Ansätze in der Pflege als Phrasen bezeichnet würden.

Das, was CDU und FDP beantragten, sei in der Vorlage der Arbeitsgruppe festgehalten. Etliche Einrichtungen hätten in Gesprächen über dieses Papier deutlich gemacht, dass seine Umsetzung einen Quantensprung in der Pflege darstellen würde.

Bezogen auf die im Antrag an die Landesregierung formulierte Aufforderung, eine Ausdifferenzierung vorzunehmen, möge die Landesregierung aufzeigen, was sofort, was mittelfristig und was langfristig an Bürokratie abgebaut werden könne.